



15.06.2010:

85.000 Menschen folgten dem Aufruf zum bundesweiten Bildungsstreik im Juni, überwiegend SchülerInnen und Studierende. Die Teilnahme zeigt die Entschlossenheit sich für ein Bildungssystem einzusetzen, in der die Wahl von Schule, Universität oder des Ausbildungsplatzes nicht abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern. Ein Lernen und Leben ohne starrem Zeitrahmen, ohne Leistungs- und Konkurrenzdruck, die Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie z.B. Studien-, Ausbildungs- und Kita-Gebühren wird gefordert. Abgelehnt wird die Einflussnahme der Wirtschaft auf Lerninhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe. Wer also bislang der Meinung war, Bildungsstreik ist nur für die, die momentan gerade im Bildungsstau stecken, wird durch die Forderungen im bundesweiten Aufruf zum Streik eines Besseren belehrt.

Bildung ist Zukunft. Das haben Banken und Konzerne erkannt und machen vor der Finanzierung selbst allgemeinbildender Schulen nicht mehr halt. Sponsoring der Bildung ist angesagt. Doch nicht die Forderung „Wer nicht ausbildet soll zahlen“ steht Pate, sondern Bildungs- und Ausbildungsfinanzierung erfolgen einzig im Interesse der Konzerne - und das ist letzten Endes einseitige Bildung für die Profitmaximierung. Gebildet wird und als gebildet gilt, was und wer dieser Logik entspricht. Deshalb macht die Forderung nach einer „Bildungsabgabe für Banken, Konzerne und Großbetriebe“ Sinn: das Geld muss öffentlich eingenommen und nach demokratischen Regeln verwaltet werden, den Bildungseinrichtungen zufließen. Denn Ausstattung der

## **Bildung am Kentern - lassen wir sie nicht absaufen**

Kategorie: Der Kommentar

Veröffentlicht: Dienstag, 15. Juni 2010 13:44

---

Einrichtungen und Lernmittel bringen oft den Mief, wie in einer Rede auf einem Streik betont wurde, „aus der Zeit Gutenbergs“.

Die erneuten Sparbeschlüsse der Bundes- und Länderregierungen wirken sich auch beim Personal in Bildungseinrichtungen aus. Mit immer weniger KollegInnen muss der Unterricht gegeben, Druck und Belastung nehmen zu, die Klassen werden größer. Bildung wird kaputtgespart. Auf dem Rücken der Lehrenden und Lernenden. In Schleswig-Holstein wird diese Situation selbst von verbeamteten Lehrkräften nicht mehr hingenommen. Gemeinsam mit KollegInnen der GEW haben sie gestreikt. Obwohl das Streikrecht für Beamte immer noch von vielen als Tabu angesehen wird und trotz der Drohungen der Landesregierung mit Sanktionen u.a. beim Gehalt und dem Kündigungsschutz. Deshalb: bleiben wir am Ball und unterstützen alle, die für eine bessere Bildung für alle kämpfen. In Schleswig-Holstein wird gerade gegen die (Teil)Schließungen von Universitäten in den Hafenstädten demonstriert: „Schluss mit dem UNI-Versenken“. Denn ist die Bildung erst einmal abgesoffen, wird sie so schnell nicht wieder auftauchen - lassen wir es also nicht so weit kommen!

Bettina Jürgensen, DKP-Bezirksvorsitzende Schleswig-Holstein